

## **A n t r a g \*)**

der Fraktionen der SPD, CDU und FDP

### **Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement in Rheinland-Pfalz – Qualifikationen und Kompetenzen in Engagement und Ehrenamt anerkennen**

Der Landtag stellt fest:

Eine lebendige Bürgergesellschaft ist für das Gelingen eines aktiven Zusammenlebens aller Generationen in Rheinland-Pfalz und für den Zusammenhalt der Gesellschaft von großer Bedeutung. Eine aktive Bürgergesellschaft fördert den Gemeinsinn, indem sie jedem Einzelnen die Möglichkeit zur Mitgestaltung seines sozialen Umfelds bietet und ihn zur größtmöglichen gesellschaftlichen Teilhabe einlädt. Ehrenamtliche Tätigkeit ist damit ein Wesensmerkmal unserer freiheitlichen und solidarischen Gesellschaft. Ehrenamtlich Tätige prägen den Charakter und die soziale Kultur unseres Zusammenlebens.

In Rheinland-Pfalz engagieren sich Tag für Tag tausende Bürgerinnen und Bürger in den unterschiedlichsten Engagementformen und gesellschaftlichen Bereichen. Dabei reicht die Bandbreite von der ehrenamtlichen Arbeit in den freiwilligen Feuerwehren, in Vereinen und Organisationen bis hin zum eher projektorientierten und zeitlich begrenzten Engagement. Bürgerschaftliches Engagement hat demnach viele Erscheinungsformen. Ohne die ehrenamtliche Tätigkeit der vielen tausend Bürgerinnen und Bürger wäre der Sport in den Vereinen, Initiativen und Projekten ebenso wenig zu leisten wie der flächendeckende Rettungsdienst, der Brandschutz und vielfältige soziale Dienste. Vor dem Hintergrund der Globalisierung und des demografischen Wandels der Gesellschaft ist es gerade dieser Vielfalt von Inhalten und unterschiedlichen Engagementformen zu verdanken, dass in den vergangenen Jahren die Idee einer aktiven Bürgergesellschaft in Rheinland-Pfalz immer weiter ausgestaltet wurde.

Einen Eindruck von der großen Vielfalt des bürgerschaftlichen Engagements und des Ehrenamts in Rheinland-Pfalz bietet der landesweite Ehrenamtstag, der jährlich mit Unterstützung der Landesregierung stattfindet. Unter dem Motto „Rheinland-Pfalz feiert seine Ehrenamtlichen – feiern Sie mit“ präsentieren sich die unterschiedlichsten Projekte aus vielen Bereichen des bürgerschaftlichen Engagements dem interessierten Publikum. Ein so genannter „Markt der Möglichkeiten“ zeigt, wie man schnell und unbürokratisch ein gesellschaftliches Engagement aufnehmen kann.

Trotz der Vielfalt an Motiven, Erscheinungsformen und der Dauer eines gesellschaftlichen Engagements ist eine Erkenntnis grundlegend: Unsere Gesellschaft braucht das freiwillige Engagement seiner Bürgerinnen und Bürger. Bürgerschaftliches Engagement ist eine zentrale Voraussetzung für den Zusammenhalt und die Zukunft einer demokratischen Gesellschaft. An der Förderung des Ehrenamts und des bürgerschaftlichen Engagements kann man erkennen, wie ernst es Gesellschaft, Politik und Staat mit engagementbereiten Bürgerinnen und Bürgern meinen, die durch ihr aktives Tun für das Gemeinwesen eintreten.

Der Landtag Rheinland-Pfalz spricht den ehrenamtlich Tätigen und bürgerschaftlich engagierten Menschen in den unterschiedlichen Formen und gesellschaftlichen Bereichen ihrer Arbeit seinen Dank aus. Er bekennt sich zur Aufgabe der Anerkennung, Motivierung und Förderung des Ehrenamts und der aktiven Bürgergesellschaft in Rheinland-Pfalz. Er bekennt sich auch zu dem Ziel, eine Kultur des Ermöglichens zu schaffen, in der gute Ideen und beispielhafte Initiativen nicht an bürokratischen Hemmnissen oder finanziellen Engpässen scheitern.

---

\*) Dieser Antrag tritt an die Stelle des Antrags der Fraktion der SPD – Drucksache 15/1516 – und des Alternativantrags der Fraktion der CDU – Drucksache 15/1533 –.

Der Landtag begrüßt

- die vielfältigen Aktivitäten und Projekte der Landesregierung für die weitere Ausgestaltung einer aktiven Bürgergesellschaft und für das Ehrenamt, insbesondere die Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements auf kommunaler Ebene,
- dass mit der Etablierung der „Leitstelle Bürgergesellschaft und Ehrenamt“ in der Staatskanzlei ressortübergreifende Maßnahmen zielorientiert koordiniert werden,
- dass die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an Entscheidungen der Politik und der Verwaltung in den letzten Jahren erheblich erweitert wurde und dass bei zukünftigen Reformvorhaben großer Wert auf die Mitarbeit und Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger gelegt wird,
- die Einrichtung eines Sammel-Haftpflicht- und eines Sammel-Unfallversicherungsvertrages für Ehrenamtliche und freiwillig Tätige in Rheinland-Pfalz,
- die Einrichtung einer landesweit vernetzten Ehrenamtsagentur mit der Aufgabe der fachlichen und finanziellen Unterstützung beim Aufbau und der Arbeit von lokalen Ehrenamtsbörsen, Freiwilligenzentren, Aktivbörsen und Mach-mit-Initiativen,
- das Gesetz der Bundesregierung zur weiteren Förderung des bürgerschaftlichen Engagements, welches wesentliche Verbesserungen für das Ehrenamt und das bürgerschaftliche Engagement bringt, insbesondere die Einführung eines allgemeinen Freibetrages, eine Erhöhung des Übungsleiterfreibetrages und Änderungen im Spendenrecht.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

- obwohl Vorschläge zugunsten ehrenamtlicher Betreuerinnen und Betreuer nicht in das Gesetz der Bundesregierung zur weiteren Förderung des bürgerschaftlichen Engagements aufgenommen wurden, einen Kurs hin zu einer zeitgemäßen Ausgestaltung und Förderung des Ehrenamts zu verfolgen, besonders vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und der sicher wachsenden Bedeutung ehrenamtlicher Betreuung in der Zukunft,
- die Rahmenbedingungen für das Ehrenamt und das bürgerschaftliche Engagement weiter zu verbessern,
- Kommunen bei der Einrichtung von Kontaktstellen für bürgerschaftliches Engagement und Nachbarschaftshilfen weiter zu unterstützen,
- die Vielfalt von neuen Engagementformen und Projekten, die sich auch außerhalb traditioneller Vereine und Verbände entwickeln können, weiter zu unterstützen,
- die Integration eines spezifischen Moduls „Bürgerbeteiligung“ in der Verwaltungsausbildung zu prüfen,
- das Projekt der Einführung eines landesweiten Engagement- und Kompetenznachweises zur Anerkennung und Würdigung eines ehrenamtlichen Engagements weiter umzusetzen und besonders an Schulen und Weiterbildungsstätten darauf hinzuweisen und dafür zu werben, damit insbesondere Jugendlichen die Möglichkeit eröffnet wird, neben schulischen und beruflichen Zeugnissen auch einen Nachweis über freiwillig erbrachte Leistungen sowie im Engagement erworbene Kompetenzen bei ihrer Bewerbung um einen Ausbildungs-, Studien- oder Arbeitsplatz geltend zu machen,
- Information und Beratung über ehrenamtliche Arbeitsmöglichkeiten durch gezielte Förderung zu verdichten, um den Zugang zu ehrenamtlicher Tätigkeit zu erleichtern,
- Schulungen und Qualifikation für ehrenamtliche Tätigkeit zu fördern, um den wachsenden Qualifizierungsbedürfnissen für ehrenamtliche Tätigkeit Rechnung zu tragen,
- für eine stärkere praktische und alltagsrelevante Anerkennung vor Ort zu werben und sich für eine Entlastung von Bürokratie und Zusatzkosten einzusetzen,
- dafür zu werben, dass die Kompetenzen ehrenamtlich Tätiger bei Ausbildung und in der Arbeitswelt verstärkte Anerkennung finden,
- sich für die verstärkte Berücksichtigung ehrenamtlicher Tätigkeit und bürgerschaftlichem Engagement als Bildungsziel in der Schule einzusetzen.

Für die Fraktion der SPD: Jochen Hartloff      Für die Fraktion der CDU: Hans-Josef Bracht      Für die Fraktion der FDP: Herbert Mertin